



**GdP IM GESPRÄCH MIT DER LANDESREGIERUNG**

# Polizei leistet tolle Arbeit

**Dickes Lob von höchster Stelle: Sozialministerin Malu Dreyer zeigte sich im Gespräch mit der GdP sehr angetan von der professionellen und bürgernahen Sicherheits- und Präventionsarbeit der Polizei. „Die Polizistinnen und Polizisten leisten einfach tolle Arbeit“, sollten wir als erste Botschaft schreiben – was wir gerne tun.**

Mit der Sozialministerin und den Fachleuten ihres Ministeriums pflegt die GdP regen Kontakt, weil viele polizeiliche Themen Schnittstellen bis in dieses Ressort haben. So reichte denn auch die Tagesordnung des Gesprächs von der betrieblichen Gesundheitsförderung bis zur Gewaltprävention.

Für die Polizei wird zurzeit auf der Basis des vom Sozialministerium entwickelten „Rahmenkonzeptes für das Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung“ ein berufsbezogenes Konzept zur betrieblichen Gesundheitsförderung entwickelt. Die Facharbeiten werden von wissenschaftlicher Seite und von der Unfallkasse Rheinland-Pfalz unterstützt. Im ersten Schritt ist eine Mitarbeiterbefragung vorgesehen, die Aufschlüsse über Erwartungen und vorhandene Grundlagen geben soll. Die GdP fordert, nicht nur für die erste Phase der Konzeptentwicklung wissenschaftliche Begleitung einzuholen, sondern diese auf Dauer der Polizei zur Verfügung zu stellen. Ministerin Dreyer unterstützt die Idee und will sie mit Minister Bruch, dem bereits ein entsprechender Brief der GdP vorliegt, besprechen.

Die öffentliche Diskussion zeige, dass der Gesundheitsförderung heute weit mehr Bedeutung beigemessen werde, betonte Malu Dreyer. Die Landesregierung trage dieser Entwicklung in vielfältiger Form Rechnung. Es sei richtig, wenn innerhalb der Verwaltung auch in den einzelnen Fachbereichen die guten Ansätze weitergeführt und verstärkt würden. Die Polizei müsse daran ein besonderes Interesse haben, weil fast die Hälfte des Personals im besonders beschwerlichen Wechselschichtdienst zu arbeiten habe. Sie bietet auch in diesen Fragen für die



V. l. n. r.: Margarethe Relet, Ernst Scharbach, Malu Dreyer und Bernd Becker

Gesundheitsvorsorge weitere Beratung durch Experten ihres Ministeriums an.

In Trier sei ein Probelauf mit der neuen fälschungssicheren Gesundheitskarte angelaufen. 7000 Versicherte könnten so schon heute mit der Karte 25 örtliche Ärzte und Apotheker aufsuchen. Der Versuch sei auf ein Jahr ausgelegt. Rheinland-Pfalz nehme damit beim Thema Gesundheitskarte bundesweit eine Führungsrolle ein. Die GdP nimmt beim Thema Gesundheitskarte Sicherheitsaspekte in den Fokus. Selbstverständlich müsse dem Datenschutz ein hoher Rang beigemessen werden. Aber die Karte soll auch dazu beitragen, Betrugs kriminalität zu vermeiden. Von daher lege die Polizei Wert auf Fälschungssicherheit beispielsweise durch Aufbringung des Passfotos des Nutzers. Ministerin Dreyer zeigte sich überzeugt, dass auch diesen Gesichtspunkten in weitem Umfang Rechnung getragen werden kann.

Schritt für Schritt komme man bei der Entwicklung einer professionellen Leichenschau voran. Das gemeinsame Fazit zogen GdP und Ministerin Dreyer im Rückblick auf das GdP-Forum zu diesem wichtigen kriminalpolitischen Thema vor wenigen Wochen in Mainz. Dr. Faltin, im Sozialministerium für diesen Arbeitsbereich verantwortlich, hält Analyse und

konzeptionelle Ansätze der GdP für zielführend und sieht gute Möglichkeiten, durch die Einbindung von Rheinland-Pfalz in einer Bundes-AG in dieser Richtung agieren zu können.

Die zunehmende Jugendgewalt sei ein ernst zu nehmendes Thema, so die Ministerin, und Rheinland-Pfalz zeige mit seiner Linie, dass man engagierte Gewaltpräventionsarbeit mit Jugendlichen und entschiedenes Vorgehen gegen gewalttätige Übergriffe zu einem erfolgreichen Sicherheitskonzept verknüpfen kann. Das Haus des Jugendrechts in Ludwigshafen sei hierfür ein gutes Beispiel, das anderenorts ebenso umgesetzt werden soll. Sie begrüßte in diesem Zusammenhang den GdP-Vorschlag, Prof. Kühne von der Uni Trier mit einer Studie zur Unterbindung krimineller Karrieren von Jugendlichen zu beauftragen. **TW**

**GdP und PSW im Internet:**

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>

<http://www.psw-rp.de>

<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)



# Sachgerechte Berufsperspektiven

**Bessere berufliche Perspektiven für die Polizei. Das fordert der GdP-Landesbeirat mit einer im Dezember verabschiedeten Resolution.**

War schon der Beförderungstermin 18. Mai 2007 geprägt von erheblichen Einschränkungen, verschärfen sich durch die Etatvorgaben die Auswirkungen für 2008 erheblich. Die GdP fordert die Landesregierung auf, sich dieser Problematik anzunehmen und durch einen Nachtragshaushalt insbesondere in den problematischen Beförderungsbereichen zu A 10 und zu A 11 eine deutliche Verbesserung des Stellenplanes auf den Weg zu bringen. Es darf nicht eintreten, dass Ernennungen nach A 10, dem ersten Beförderungssamt nach dem Laufbahnwechsel, auf Jahre hin nicht erreichbar sind. Außerdem steht zu befürchten, dass viele Kollegen/-innen des Bewährungsaufstieges in die zweijährige Sperrfrist nach § 5 Abs. 3 BeamtVG geraten und eine Beförderung nach A 10 nicht mehr den Niederschlag im späteren Ruhegehalt hätte. Unabhängig von der Forderung nach einem Nachtragshaushalt sind im Beförderungsverfahren 2008 alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die der Stellenplan und das Budget zulassen. Damit verbindet sich für

die GdP und die Polizeibeschäftigten des Landes die Erwartung, dass

1. alle Bewerber/-innen bei Beförderungseignung zum PHM (A 9) ernannt werden und

2. im Hinblick auf die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn im erweiterten Bewährungsaufstieg mindestens 30 Prozent der Bewerber/-innen in den gehobenen Polizeidienst übergeleitet und zum Kommissar/zur Kommissarin (A 9) ernannt werden.

Für den Haushalt 2009 und die Folgehaushalte sind frühzeitig die Weichen zu stellen, um die zweigeteilte Laufbahn zum Abschluss zu bringen und angemessene Aufstiegsprospektiven im gehobenen und höheren Dienst zu schaffen. Die GdP fordert die Anpassung des Laufbahnrechtes für den Bewährungsaufstieg. Künftig soll der Aufstieg in den gehobenen Dienst an Leistung und Berufserfahrung gekoppelt werden. Für den Laufbahnwechsel soll sich bewerben können, wer sich in einer Dienstzeit von mindestens zehn Jahren bewährt hat.



**Bessere berufliche Chancen für die Jungen in der Polizei fordert Sabrina Kunz**

Im Etat 2009 sind in ausreichender Zahl Stellen vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst zu überführen, um allen ASA-Absolventen und mindestens der Hälfte der Beamten/-innen des mittleren Dienstes nach Bewährung den Aufstieg in den gehobenen Dienst zu ermöglichen. Für die übrigen Beamten/-innen des mittleren Dienstes ist nach Bewährung der Aufstieg in den gehobenen Dienst im Jahr 2010 zu realisieren. Weiter fordert die GdP, alle Polizeianwärter/-innen unmittelbar nach abgeschlossener FH zum PK (A 9) zu ernennen.

Für die Zukunft müssen die strukturellen Vorgaben für das Beförderungsverfahren verbessert werden. Anerkannt und erfolgreich wird jegliches Auswahl- und Zuweisungsverfahren nur sein, wenn eine ausreichende Zahl an Beförderungsmöglichkeiten in allen Besoldungsgruppen zur Verfügung steht. Das ist die unabdingbare Grundlage, um mit einem sich von Jahr zu Jahr anpassenden Instrumentarium aus



GdP-Landesbeiratssitzung

Säulenbildung, Bewährungsregelungen und zielgerichteten Zuweisungen in der Zahl der Beförderungsstellen zu einem verfestigten, transparenten und bei dem Großteil der Betroffenen als „gerecht“ empfundenen Beförderungsverfahren zu kommen. An bewährten Parametern für die Beförderungsauswahl wollen wir festhalten. Dies gilt insbesondere für die Beibehaltung der Aufteilung des jeweiligen Bewerberkreises in die Säulen FH/ASA und Bewährungsaufstieg. Die GdP will von der Landesregierung und dem Landtag garantiert sehen, dass alle Kollegen/-innen im Bewährungsaufstieg vor Erreichen der Sperrfrist nach A 10 ernannt werden können. Angesichts der durch Rechtsprechung eingeschränkten Möglichkeit der Beförderung nach langjähriger Bewährung im aktuellen Beförderungssamt bei Beförderungseignung müssen neue Wege gesucht werden, um diesen Anspruch in allen Fällen Rechnung tragen zu können. Im Nachtragshaushalt bzw. spätestens ab dem Jahr 2009 sind die Stellenpläne so aufzustocken, dass binnen vier Beförderungsverfahren alle FH/ASA-Absolventen aus A 10 nach A 11 und in jedem Jahr mindestens 20 Prozent der Bewerber/-innen aus dem Kreis der Bewährungsaufsteiger von A 10 nach A 11 ernannt werden können. Im gleichen Haushaltsrahmen sind die Stellenpläne in den Besoldungsgruppen A 12 und A 13 so aufzustocken, dass eine angemessene Zahl an Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung steht. Die Beschreibung und Bewertung der Funktionen ist anzupassen. Im höheren Polizeidienst soll die Beförderung nach A 14 spätestens drei Jahre nach erfolgreich absolvierter Polizeihochschule erfolgt sein. Im Wege einer Anpassung der Funktionsbeschreibung ist der Korridor für die Bewertung von Funktionen nach A 15, A 16 und B 3 auszuweiten. Die Funktionsbewertungen und Beförderungsverläufe für die Kollegen/-innen der Verwaltung sollen entsprechend angepasst werden.

TW



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: [www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)  
Polizeipräsidium Westpfalz  
67621 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 3 69 23 13  
Telefax (06 31) 3 69 23 14  
E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



**JUGENDKRIMINALITÄT**

# Markige Sprüche helfen nicht

Ist die Diskussion über Jugendkriminalität und Jugendgewalt notwendig oder populistisch? Mit dieser Frage leitete NDR-Chefredakteur Volker Herres den sonntäglichen Presseclub am 13. Januar ein.

Die Antwort ist – wie so oft im Leben – weder ein Ja noch ein Nein. Dass die Diskussion notwendig ist, zeigt uns das Leben Tag für Tag. Spätestens lange Gespräche mit polizeilichen Jugendsachbearbeitern lassen auch bei Gewerkschaftern und Personalvertretern die Meinung zur Gewissheit werden, dass unsere Gesellschaft im Umgang mit Kindern und Jugendlichen noch jede Menge Optimierungsspielraum hat. Darüber muss gesprochen werden; darüber sind auch politische Debatten erforderlich, denn schließlich kostet eine Verbesserung der Situation Geld und Personal; und darüber entscheidet nun einmal der Haushaltsgesetzgeber. Da geht es um Mehrheiten und um Akzeptanz in der Bevölkerung für den sinnvollen Umgang mit Steuergeldern. Da geht es um die Beseitigung von Vollzugsdefiziten und die Herstellung einer Kultur der Zuständigkeit bei al-

len Beteiligten. Da geht es natürlich nicht nur um Polizei mit Jugendverkehrsschule, Diversionstrategie und Puppenbühne, die in einem schon tradierten Selbstverständnis versucht, selbst das Unmögliche möglich zu machen und sich z. B. rund 200 Jugendsachbearbeiter aus dem Fleisch des Wechselschichtdienstes schneidet. Es geht auch um die Finanzierung von Verbesserungen auf kommunaler Ebene und auf der Justizseite. Es geht darum, der Erkenntnis zum Durchbruch zu helfen, dass die Kosten für Vorsorge, Prävention und konsequente Verfahrensabschlüsse einerseits kaum finanzierbar erscheinen, bei genauem Hinsehen aber die kostengünstigere Lösung gegenüber dem sonst erforderlichen gesellschaftlichen Reparaturbetrieb sind.

All das erfordert Gespräche, Diskussionen und Debatten. Diese Debatten können aber nur dann zu Verbesserungen führen, wenn sie frei bleiben von Populismus, kurzfristigem Wahlkalkül und dem Angebot einfacher Lösungen, die auf subtile Weise an latente Ressentiments gegen Ausländer und Andersgläubige anzuknüpfen versu-

chen. Markige Sprüche und die Forderung nach härteren Strafen unter dem Deckmäntelchen der notwendigen Diskussion nutzen Niemandem; man kann nur hoffen, dass sie auch nicht dem Machterhalt dienen. Ein Indikator für eine gute Debatte wäre die Beteiligung derer, die sich um Vorsorge, Integration, Prävention und Jugendrecht kümmern, statt diese Menschen zu beschimpfen oder ihre Stellen zu streichen.

Indikatoren für eine gute und vorsorgende Kriminalpolitik sind Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten, staatliches Eingreifen bei drohender Verwahrlosung von Kindern und bei häuslicher Gewalt, Ganztagschulen und Vermittlung von Medienkompetenz, um nur holzschnittartig einige Schlagworte zu nennen, die in Rheinland-Pfalz sowohl die Debatte, als auch die Entwicklung prägen. Ein junger Mensch, der – ausgestattet mit Bildung und Zukunftschancen – zuversichtlich das Leben angeht, wird tendenziell allenfalls episodenhaft abweichendes Verhalten zeigen, nicht aber verrohen und nachhaltig kriminell werden. Der Staat sollte – wie ein guter Polizist – konsequent in beiden Richtungen sein; Hilfe/Gefahrenabwehr und Repression bedingen einander – zumindest aus ethischem Blickwinkel. Wahlkampfdelegaten vom Schlage Kochs nutzen geschickt die Tatsache aus, dass unter den Verlierern in Sachen familiärer Halt, Bildung und Lebenschancen die Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich vertreten sind und tragen dazu bei, dass Feindlichkeit oder Arroganz gegenüber Fremden, Deutschen, Andersgläubigen oder Andersdenkenden als Motivation für Straftaten dauerhaft ein Problem bleiben. **BB**

## UNGLEICHHEIT ERZEUGT KRIMINALITÄT

[Kommentar von Ernst Scharbach]

Alle Jahr wieder erregen Gewaltexzesse Jugendlicher die Gemüter. Die einen sehen das Heil in härteren Strafen, die anderen in besserer Prävention. DER SPIEGEL widmete den Haupttätern die Überschrift: „Junge Männer: Die gefährlichste Spezies der Welt“ und fügte die These der Angeborenheit der Gewaltbereitschaft junger Männer hinzu.

Die FRANKFURTER RUNDSCHAU berichtete über Pläne der Engländer, „Jumbo-Jails“ mit 2500 Insassen zu bauen, weil die vorhandenen Haftplätze nicht mehr ausreichen, um die Verurteilten auch tatsächlich hinter Gitter zu bringen. Die Zahl der Inhaftierten pro 100 000 Einwohner liegt in Frankreich bei 85, in Deutschland bei 93 – in England aber jetzt schon bei 148! Die Engländer nähern sich damit ihrem Vorbild USA an. Deren Quote: 191.

Was lernen wir daraus: Je ungleicher die Vermögensverhältnisse in den Staaten sind, umso mehr Straftaten passieren, umso mehr fürchtet sich die Gesellschaft vor den Habenichtsen, umso höher ist die „Abschreckung“ mittels hoher Strafen, umso mehr Menschen sitzen im Knast, und so fort.

Die deutschen Gewerkschaften warnen seit Jahren vor dieser Entwicklung und blieben leider ungehört. Die Schere zwischen arm und reich öffnete sich in Deutschland seit 20 Jahren immer weiter. Arbeitsplätze für Ungebildete wurden radikal wegrationalisiert. Parallel dazu steigen die Gewalttaten der nicht-integrierten jungen, ausgegrenzten, zornigen, dummen und ungebildeten Menschen – viel zu oft mit Migrationshintergrund – unaufhaltsam an.

Es läge im wohlverstandenen Sinne der Reichen, wie auch der übrigen Gesellschaft, für eine Umverteilung von Vermögen (und Chancen) von oben nach unten zu sorgen. Der gesellschaftliche Ausgleich käme allen zu Gute. Einzige Voraussetzung: Vernunft. Abgeben als Eigennutz. Aussichten: Gering. Wie meinte schon die Bibel: „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr . . .“

Anzeige



**PSW-Rabatt?**  
[www.psw-rp.de](http://www.psw-rp.de)  
 0 61 31/9 60 09 31





## Modernes Aus- und Fortbildungsangebot

**Die FH der Polizei wird auf die zukünftigen Anforderungen ausgerichtet. Das versicherte ihr Leiter Klaus-Jörg Weidmann beim Besuch der GdP auf dem Hahn.**

Welche Zahl an Studierenden in diesem und dem nächsten Jahr das Studium an der FH der Polizei auf dem Hahn aufnehmen wird, ist noch nicht entschieden. Nach der Zukunftsplanung aus dem Jahr 2004 sollen es 250 im Jahrgang sein. Hinzu kommt ein Aufschlag zum Ausgleich der Ausbil-

druck: Es wird reichlich investiert, aber es läuft zäh.

Die Bewerberlage ist nach wie vor gut. Es gibt zwar 25 Prozent weniger Bewerbungseingänge, aber dafür ist das Leistungspotenzial besser. Im letzten Jahr habe man rund 500 geeignete Bewerber gehabt, für 2008 rechnet man mit einer annähernd gleichen Zahl.

Viel Wert legt die FH-Führung auf den Ausbau der IT-Infrastruktur auf dem Hahn. Es wird moderne Notebooks für die Dozenten geben, die Lehrsäle sind mit



**Klaus-Jörg Weidmann (2. v. r.) freute sich über den GdP-Besuch**

dungsabgänge aus dem Vorjahr. Die GdP fordert, die Einstellungsrate deutlich aufzustocken, um mittelfristig mehr Personal für die Inspektionen, Kommissariate und Einsatzhundertschaften zur Verfügung stellen zu können.

Die FH der Polizei sei auf eine solche Entwicklung vorbereitet. Man richte sich schon seit Wochen in der Lehrgangplanung und Logistik auf ein größeres Einstellungskontingent ein, erläuterte Kollege Weidmann. Das erfordere allerdings eine Umstellung auf zwei Einstellungstermine pro Jahr. Weiter benötige man zusätzliche Dozenten und Trainer. Dem heutigen Personalstand liege eine Ausbildungszahl von 300 Polizeianwärtern/-innen zugrunde. Unterkunft und Studienräumlichkeiten stünden bis zu einer Zahl von 420 Studierenden zur Verfügung, darüber hinaus müsse nach Ausweichmöglichkeiten Umschau gehalten werden.

Vorrangig sollten aber die schon seit einiger Zeit andauernden Bau- und Sanierungsmaßnahmen zum Abschluss gebracht werden. Auch die GdP hat den Ein-

druck: Es wird reichlich investiert, aber es läuft zäh. neuester Technik ausgestattet. E-Learning, ein Bildungsmanagementsystem und das Campusnetz sind weitere Eckpfeiler in dem neuen Konzept. Das neue Campusnetz bringt endlich auch den Studierenden den Netzzugang aufs Zimmer. Ein breites Unterrichtsbelegprogramm mit Tischpapieren und Lernskripten kann damit für Lerngruppen in den Studierendenwohnungen genutzt werden. Über Intranetangebote stehen praktische Übungsaufgaben zur Verfügung (z. B. Unfallaufnahme). Sprachsoftware wird auch beschafft.

Das System bietet weiter Infos zu den administrativen Bereichen (Studien- und Lehrpläne usw.). Es wird auch eine „Studentenecke“ geben, um sich selbst organisieren und darstellen zu können.

Was die jungen Polizisten/-innen besonders freuen wird: Über das Campusnetz kann man sich ins Internet einwählen – allerdings kostenpflichtig.

GdP-Fazit des Gesprächs: Unsere FH der Polizei ist gut aufgestellt und stellt die Weichen richtig, um zukunftsfähig zu bleiben. **TW**

## Kurz und knackig

### ■ Hohe Resonanz auf Brief

Viel Zustimmung findet GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach für seinen offenen Brief an MP Kurt Beck und FM Prof. Ingolf Deubel in Sachen Besoldungsgesetz. In zahlreichen Zuschriften und Anrufen loben Kolleginnen und Kollegen die klaren Worte. Besonders erfreulich: Es gibt eine ganze Reihe von Gewerkschaftsbeitritten, die ausdrücklich auf den offenen Brief und die GdP-Aktionen Bezug nehmen. Ein Beispiel, das Schule machen könnte.

### ■ Neue Azubis

Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit: In diesem Jahr erhalten wieder 13 junge Menschen einen Ausbildungsplatz in Verwaltung und Technik der Polizei. Die GdP hatte gefordert, das Ausbildungsprogramm weiter auszubauen und die Azubi-Stellen möglichst frühzeitig an die Behörden zuzuweisen. Dem hat das ISM in vollem Umfang Rechnung getragen.

### ■ Klagen gegen Regress

Die Falschbetankung von Fahrzeugen bleibt ein Ärgernis erster Güte. Über Jahre hinweg ist es nicht durch technische Vorsorge gelungen, in jedem Fall den richtigen Sprit in den Tank zu bekommen. Wer als Polizist/-in unachtsam ist und zur falschen Zapfpistole greift, wird mit hohen Regressforderungen belegt. Die GdP will jetzt in verschiedenen Musterklagen die Beweislast umkehren. Künftig sollen die Behörden beweisen müssen, dass sich „Falschtanker“ über ihr „Augenblickversagen“ hinaus grob fehlverhalten haben.

### ■ Dicke Luft im Büro

Macht Toner-Staub krank? Dazu gibt es eine neue Studie im Auftrag des Bundesinstituts für Risikobewertung. Prof. Dr. Mersch-Sundermann, Verfasser der Untersuchung, stellt seine Ergebnisse bei einem GdP-Forum in Trier vor. DP wird in der nächsten Ausgabe berichten.



GESPRÄCHSRUNDE MIT DIETER FRANK

# Problemfeld – Personalbindungen bei der Bepo

**Die Personalsituation bei der Bepo stellte neben den Themen Haushalts-situationen 2008/2009 und der personellen Unterstützung anlässlich der Fußball-europameisterschaft 2008 in Österreich/Schweiz den Schwerpunkt einer ersten Gesprächsrunde dar. Dieter Frank, Leiter der Bereitschaftspolizei und sein Stellvertreter Franz-Dieter Ankner begrüßten die Vertreter des GdP-Landesvorstandes – Ernst Scharbach, Heinz-Werner Gabler, Thomas Will, Alfried Cuidon, Dieter Kronauer, Joachim Lösch und Helmut Knerr – in Mainz.**

In seinen ersten Bewertungen zur Personalsituation der Bereitschaftspolizei zeigte Dieter Frank nochmals den Prozessverlauf der Bepo-Neuorganisation seit 1997 auf. Interessant sind dabei die damaligen Aufgabenbereiche und Personalzahlen mit Langzeitbindungen und Größenordnungen von rund 300 Polizistinnen und Polizisten, welche der Bepo nicht mehr für die Aufgabenbewältigung zur Verfügung standen. Hier sah das ISM Reformbedarf. Insbesondere durch den Wegfall der Ausbildung bei der Bepo und der Neuformulierung des Unterstützungsauftrages durch das Rotationsverfahren und der Schaffung neuer Organisationsstrukturen in den operativen Bereichen (Stäbe, E-Hundertschaften, BFE, TEE, WTE) der Einrichtung wurde der Service-leister Bepo neu formuliert. Die statistischen Entwicklungen der Einsatzzahlen sprechen absolut für diesen damaligen Reformprozess, so Frank. Aus seiner Sicht sind allerdings die Personalentwicklungen der Dienststelle durch langfristige Personalbindungen (beispielsweise bei verschiedenen Objekt- und Raumschutzmaßnahmen oder aber dem Vorhalten eines Stellenpools) besorgniserregend und stellen letztendlich die Funktionsfähigkeit in Frage. Dabei sind für ihn auch Auswirkungen durch die vertraglichen Verpflichtungen zwischen Bund und dem Land Rheinland-Pfalz (...Mittelausstattungen) in den notwendigen Betrachtungen nicht zu vernachlässigen. Frank stellte auch die aktuellen durch das ISM in Auftrag gegebenen Optimierungsüberlegungen bei der BP und die Betrachtungen zum Zusammenwirken zwischen den Präsidien und der BP vor. Wesentliche Schwerpunkte dieser Überlegungen sind: Aufbau einer dritten BFE am Standort Mainz, die kurzfristige Gewährleistung für Einsatzunterstützungsmaßnahmen in Rheinland-Pfalz oder in anderen Bundesländern durch zwei Einsatzhundertschaften mit je drei Einsatzzügen sowie personelle/organisatorische Veränderungen bei den beiden existierenden TEE-en. Abschließende Bewertungen liegen der-



zeit noch nicht vor. Für die GdP betonte Ernst Scharbach, dass diese organisatorischen und personellen Überlegungen einer intensiven gewerkschaftlichen Betrachtung und Begleitung unterzogen werden. Insbesondere die konkreten Auswirkungen für die Kolleginnen und Kollegen gilt es dabei zu beachten. Er führte hierzu die aktuellen Erhebungen und Bewertungen der GdP zur Personalsituation im Wechselschichtdienst aus. Scharbach betonte ausdrücklich, dass die Bepo mittlerweile im Polizeiegefüge ein unverzichtbarer Bestandteil geworden ist und das Rotationsverfahren, also das Wechselspiel zwischen einer Verwendung in den geschlossenen Einheiten und dem Polizeieinzeldienst, seiner Auffassung nach, eine sehr gelungene Sache der Bepo-Reform aus 1997 ist. Hier setzt Dieter Frank mit seinen Überlegungen an. Die Personalverläufe bei der Bereitschaftspolizei aktuell und für die nächsten Jahre werden sich nicht positiv verändern. Die Notwendigkeiten für Einsatzunterstützungen steigen ständig und die Personalzahlen bei der Bereitschaftspolizei orientieren sich an den Bedürfnissen des Polizeieinzeldienstes. Speziell hier sehen Dieter Frank und Franz Ankner Betrachtungs- und Handlungsbedarf. Die Funktionsfähigkeit und das mittlerweile anerkannte Niveau der operativen Einheiten der Bereitschaftspolizei müssen erhalten bleiben. Hel-

mut Knerr betont, für ihn ist wichtig, dass die Personalsituation und die ständig steigenden Anforderungen an die Bepo nicht auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden dürfen. Auch Abstriche beispielsweise bei einer sinnvollen und notwendigen Aus- und Fortbildung für die Verwendung in geschlossenen Einheiten darf nach seiner Auffassung nicht die Lösung der vorhandenen

Probleme sein. Ergänzend stellte hierzu Heinz-Werner Gabler dar, dass bei der rheinland-pfälzischen Polizei eine perspektivische Betrachtung erforderlich sei. Organisatorische und taktische Not- oder Teillösungen reichen nach seiner Auffassung hierbei nicht aus.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs stellte Thomas Will für die GdP die wesentlichsten Forderungen für den kommenden Etat dar. Dabei wurden auch die zu erwartenden Beförderungszahlen 2008 speziell für die Bepo angesprochen. Weitere Themen: Bau- und Beschaffungsmaßnahmen bei der BP, verschiedene Sanierungsnotwendigkeiten in den Unterkünften und Ausstattungsbedürfnisse bei der Polizeihubschrauberstaffel. Die GdP sagte zu, die spezifischen Interessen der Bepo bei den Gesprächen mit Regierung und Parlament einzubringen. Dieter Frank informierte die GdP-Vertreter darüber, dass nach derzeitigem Planungsstand die Bereitschaftspolizei in die durch den Bund gegenüber den Ländern Österreich und Schweiz zugesagten Unterstützungen mit Polizeikräften bei der Fußball-europameisterschaft 2008 mit einer Einsatzhundertschaft eingebunden ist. Ob der Einsatz tatsächlich kommt, ist noch offen. Die notwendigen Abstimmungen zu diesem länderübergreifenden Einsatz laufen derzeit auf Hochtouren. Ernst Scharbach schilderte die aktuellen Erkenntnisse von Eurocop und dem GdP-Bundesvorstand zum Stand der Versorgungs-, Verpflegungs- und Logistiksituation. Hier wird sich der GdP-Landesvorstand an Innenminister Bruch mit Forderungen zur Realisierung einer optimalen Versorgungs-, Verpflegungs- und Logistikregelung wenden. **HK**





# Blaue Uniform – noch nicht alle Fragen geklärt

Der Hauptpersonalrat konnte der Einführung der blauen Uniform noch nicht zustimmen, da noch einige Fragen der Klärung bedürfen. Dabei geht es u. a. um das verpflichtende Tragen von Namensschildern und das aus Sicht des HPR zu geringe Ausstattungssoll bei Hemden und Shirts. Der zukünftigen Durchführung von Führungsqualifikationen für neue Führungskräfte wurde zugestimmt. Die Themen Familie und Beruf und Gesundheitsförderung wurden in die Qualifizierungsmaßnahmen aufgenommen. Eine Vorratsbeschulung ist derzeit nicht vorgesehen. Dieses Thema wird bei einer späteren Überprüfung nochmals aufgegriffen. Herr Kraus von der Projektgruppe Digitalfunk informierte den HPRP



über den derzeitigen Sachstand. Die Personalräte werden an der Entwicklung dieser neuen Technik beteiligt. Für die Personalvertretungen stehen dabei die Fragen zum Personal und der Sicherheit im Vordergrund. Koll. Stefan Vehar (ISM) erläuterte dem HPRP die Beson-

derheiten der Titelgruppe 74, in der die Ausgaben erfasst werden, die in Zusammenhang mit unseren Dienst-Kfz stehen. Unter Zuhilfenahme erforderlicher Daten versucht das ISM, den Ausstattungsgrad der zehn Behörden und Einrichtungen (BuE) gerechter zu gestalten. Diskutiert wurde ebenfalls die erneuerte Ausschreibung der Streifenwagen, die im Einzeldienst teils für erheblichen Ärger gesorgt hatte. Vehar bestätigte, dass es in der Verantwortung der BuE liege, die Ausstattung den Erfordernissen der Dienststellen vor Ort anzupassen.

**Margarethe Relet, Dieter Kronauer, Gruppe Tarifbeschäftigte, Ernst Scharbach, Gruppe Beamte**

## KG NEUWIED/ALTENKIRCHEN

# Polizisten enttäuscht

Ganz im Zeichen der im Ergebnis enttäuschend verlaufenden Besoldungsrunde stand die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Neuwied. Kreisgruppenvorsitzender **Bernd Becker** erinnerte in seinem Bericht an die monatelangen Proteste und die vielfältigen Aktionen der GdP für

re Beförderungsstellen für die Polizei geht. Er kündigte an, die Bezirksgruppenarbeit der GdP zu forcieren. Geplant sei unter anderem im Frühjahr eine gemeinsame Sitzung des Bezirksgruppenvorstandes mit Staatssekretär Roger Lewentz.

Die Wahl des neuen Vorstandes brachte folgendes Ergebnis: **Bernd Becker** (Vorsitzender), **Michael Buchstäber** und **Karlheinz Unkel** (stellvertr. Vorsitzende), **Leo Lück** (Kassierer), **Christoph Frank** (stellvertr. Kassierer), **Norbert Weckerberndt** und **Kerstin Leicher** (Schriftführer), **Kurt Tiefenau** (VL-Obmann), **Gerd Degenkolb** (Senioren), **Wolfgang Bruckhoff** (Tarifbeschäftigte), **Anneliese Nuppeney** (Frauen), **Melanie Hahmann** (Junge Gruppe), **Wiljo Schiffer** (Beisitzer PI Linz), **André Volk** (Beisitzer PI Neuwied), **Thomas Hecking** (Beisitzer PI Straßenhaus), **Sven Thienemann** (Beisitzer KI Neuwied), **Bernd Mockenhaupt** (Beisitzer PI Betzdorf) und **Harald Reuber** (Beisitzer KI Betzdorf). Im Rahmen der Versammlung

wurde **Edmund Mertens** für seine 60-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft geehrt. Mit Urkunde und Nadel wurden ebenso **Bernhard Schmidt** für 40 Jahre in der GdP und **Thomas Ruthardt** für 25 Jahre in der GdP ausgezeichnet. Weitere Ehrungen für langjährige Gewerkschaftsmitglieder werden an anderer Stelle nachgeholt. Zu ehren sind **Isolde Hahn** (Witwe von Heinrich Hahn) für 50 Jahre, **Karl-Heinz Ebert** für 40 Jahre sowie **Martin Bär**, **Peter Geiermann**, **Siegfried Salz** und die Kollegenwitwe **Hildegard Munker** für 25-jährige Mitgliedschaft. **BB**

Anzeige



**Achim Eggert (rechts) gratuliert Bernhard Schmidt**

eine angemessene Besoldungsanpassung. Auch Bezirksgruppenvorsitzender **Achim Eggert** aus Montabaur zeigte sich von den Politikern angesichts der Festlegung auf 0,5% Besoldungsaufschlag enttäuscht. Die verschiedenen Aktionen sieht er aber schon als Vorbereitung auf den schwierigen Landeshaushalt 2009 und 2010, bei dem es auch um mehr Personal und besse-

re Beförderungsstellen für die Polizei geht. Er kündigte an, die Bezirksgruppenarbeit der GdP zu forcieren. Geplant sei unter anderem im Frühjahr eine gemeinsame Sitzung des Bezirksgruppenvorstandes mit Staatssekretär Roger Lewentz.



**PSW-Rabatt?**  
**www.psw-reisen.de**  
**0 61 31/9 60 09 23**







## Große GdP-Seniorenreise 2008

Zypern – Insel der Götter vom 05. bis 12. Mai 2008

Bei Anmeldung  
bis 13.02.2008  
80 Euro  
Frühbucherrabatt

Eine Aktion des GdP-Landesseniorenvorstandes GdP-Senioren aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gemeinsam unterwegs.

Sanfte Hügel und bewaldete Berge, weiße Sandstrände und bizarre Steilküsten, schattige Pinienwälder und karge Steppen, blumenübersäte Felder, azurblaues Meer und eine ewig lachende Sonne; Kaum ein anderer Ort könnte geeigneter sein als Geburtsstätte der Aphrodite, der Göttin der Schönheit und Liebe. Reisen Sie mit Ihrer GdP und Ihren ehemaligen Kolleginnen und Kollegen durch dieses Bilderbuch der Geschichte und genießen Sie ein mediterranes Paradies.

8 Tage, Frühstück, Halbpension in 4-Sterne-Hotel „The Golden Coast Beach“. Das Hotel liegt an einer kleinen flach abfallenden Sandbucht. Bushaltestelle vor dem Hotel. Herrlicher Stufengarten zum Meer. Umfangreiches Leistungs- und Sportangebot. Das Hotel bietet komfortable Doppelzimmer mit Bad, WC, Fön, Safe, Klimaanlage, Telefon, SAT-TV, Minikühlschrank, Balkon, Bademantel und Slipper. Ausflugsangebote sind buchbar und werden auf Anfrage mitgeteilt. Beschreibung des Hotels und Leistungen werden bei Interesse zugesandt. Flug von Stuttgart und Frankfurt mit Condor.

|  |          |
|--|----------|
| Reisepreis pro Person im DZ bei Zweierbelegung               | € 749,00 |
| Reisepreis pro Person im DZ bei Zweierbelegung mit Meerblick | € 827,00 |
| EZ-Zuschlag für beide Kategorien                             | € 50,00  |

**In den o.a. Preisen sind folgende Zusatzleistungen inbegriffen:**

- Zug zum Flug 2. Klasse ● Pooltücher für den Aufenthalt ● 1 Fl. Wein, Wasser, Obst bei Ankunft
- Kleines Abreisepräsent ● Langschläferfrühstück ● Je nach Verfügbarkeit 1 x pro Aufenthalt: Sauna/ Dampfbad, Massage, Candle-Light-Dinner

**Eingeschlossene Leistungen:** ● Flug Stuttgart o. Frankfurt n. Larnaca u.zurück ● 7 ÜN, FST, HP ● Reiseleitung von PSW-Reisen GbR von und bis Abflughäfen in Deutschland.

- Örtliche deutschsprechende Reiseleitung auf Zypern ● Großes Leistungsangebot des Hotels

Auskunft bei PSW-Reisen GbR.  
Die Meerräume sind nur begrenzt verfügbar. Sie werden nach Eingang der Anmeldungen verteilt. Anmeldungen werden bis 28.02.2008 erbeten, danach erhöht sich der Reisepreis um € 90,00.



Bei uns können Sie sich noch  
große Sprünge leisten!



**PSW-Reisen**  
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Tel.: 06131-9600923 . Fax: 9600922  
www.psw-reisen.de  
psw-reisen-rp@gdp-online.de

SIGGI, die innovative fondsgebundene Rentenversicherung der SIGNAL IDUNA, macht das Leben leichter. Denn SIGGI steht für Sicherheit, Rendite und Flexibilität in einem. Ein Vorsorgekonzept, das Ihnen alle Sorgen abnimmt – zumindest die großen Sorgen rund um Ihre Zukunft.

**SIGNAL IDUNA**  
Versicherungen und Finanzen

Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

SIGNAL IDUNA Gruppe ● Landesdirektion Frankfurt ● SIGGI-Team

Frau Breitfeld ● Telefon (0 69) 29 85-2 74

Herr Pfeiffer ● Telefon (0 69) 29 85-1 53

Frau Weinhold ● Telefon (0 69) 29 85-1 43

Telefax (0 69) 29 85-4 44

## Verdiente Mitglieder geehrt

Zur Jahreshauptversammlung der KG PD Wittlich am 17. 12. 2007 konnte der Kreisgruppenvorsitzende Horst Zwank zahlreiche Mitglieder in der Gaststätte „Casino“ in Wittlich begrüßen. Nach einer Gedenkminute für die verstorbenen Mitglieder nahm Horst Zwank zusammen mit dem Landesvorsitzenden Ernst Scharbach die Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft in der GdP vor. Im Einzelnen wurden geehrt: **Paul Reuter** und **Heinrich Schuler** für 50 Jahre; **Norbert Bauer**, **Helmut Kaspar**, **Werner Maas**, **Christof Meyer**, **Rudolf Müller** und **Hugo Gutjahr** für 40 Jahre; **Uwe Baden**, **Georg Becker**, **Gerhard Gödert**, **Karl-Peter Günter**, **Peter Könen**, **Hans-Jürgen Mayer**, **Hans-Jürgen Metzen**, **Matthias Nikolay**, **Alois Schilz**, **Hans-Ulrich Schneider** und **Wolfgang Schneider** für 25 Jahre.

Der Vorsitzende gab in seinem Tätigkeitsbericht einen Überblick über die

Aktivitäten der Kreisgruppe seit der letzten JHV. Er ging besonders auf die zentralen und dezentralen Proteste ein, die die geringe Besoldungserhöhung von



Horst Zwank führt die KG Wittlich weiter

0,5% jedoch nicht verhindern konnten. Gerhard Gödert legte die Finanzen der Kreisgruppe offen. Die gute Arbeit der Kreisgruppe fand bei den Mitgliedern Anerkennung und der Vorstand wurde einstimmig entlastet. Auch die anschließenden Neuwahlen des Vorstandes gingen ohne „Überraschungen“ über die Bühne. **Horst Zwank** wurde erneut einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Mit

gleichem Ergebnis wurden **Helmut Willems** und **Manfred Sartoris** zum Stellvertreter, **Gerhard Gödert** zum Kassierer und **Hermann-Josef Klein** zum Schriftführer gewählt. Zum weiteren Vorstand wurden als Beisitzer **Sylvia Kropp**, **Jürgen Flesch**, **Hugo Gutjahr**, **Bernd Büscher** und **Hans-Jürgen Riemann** gewählt. **Alois Tomaschko** und **Hans Weber** vertreten die Senioren und **Anita Theis** die Tarifbeschäftigten im Vorstand.

Nach einem Referat von Ernst Scharbach über aktuelle Themen wie beispielsweise Besoldung, Personal und Entwicklungen im Tarifbereich und einem kurzen Bericht des Bezirksgruppenvorsitzenden Josef Schumacher über gesundheitsgefährdende Schadstoffe (Toner pp.) hatten die Mitglieder Gelegenheit, mit ihnen und dem neuen Vorstand über gewerkschaftspolitische Themen zu diskutieren, wovon reger Gebrauch gemacht wurde.

red

### KG PP WESTPFALZ

## Karl Kauf kritisiert hohe Belastung

Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe PP Westpfalz waren nicht nur freudige Nachrichten zu übermitteln. Nach den Ehrungen von Lothar Schwab für 50-jährige Mitgliedschaft, er verstarb leider völlig unerwartet zwei Tage später an einem Herzinfarkt, und Josef Heitz für 25-jährige Mitgliedschaft wurden die Sorgen und Nöte der Polizeibeamten schonungslos offenbart. „Die hohe Anzahl von eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamten beim PP Westpfalz und die immer neuen Aufgabenzuweisungen bei gleichbleibendem Personal führen zu einer Überbelastung und zur Schwächung des Wechselschichtdienstes. Nicht nur die dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen haben längst die Grenze ihrer Belastbarkeit erreicht. Dass deren Engagement nun mit einer Gehaltserhöhung von 0,5 Prozent honoriert werden soll, setzt dem ganzen noch die Krone auf“, so der Vorsitzende Karl Kauf in seinem Bericht.

red

### RUHESTANDSVERSETZUNGEN

**Dietmar Gaß**, KG PP/PD Koblenz  
**Artur Reutelsterz**, KG PP/PD Koblenz  
**Rudolf Geiger**, KG PD Kaiserslautern  
**Edgar Dickes**, KG PP Trier  
**Monika Provo**, KG Vorderpfalz

### WIR TRAUERN UM

**Karl Heringer**, KG PD Pirmasens, 87 Jahre  
**Rolf Günther**, KG Ww/Rhein-Lahn, 62 Jahre  
**Lothar Schwab**, KG PP Westpfalz, 70 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

